



MEDIENMITTEILUNG DER SP KANTON LUZERN

Luzern, 2. Dezember 2017

Prämienverbilligung 4000 Unterschriften in einem Monat **Es zeichnet sich ab, dass die SP-Initiative für «Sichere Prämienverbilligung- Kein weiterer Abbau» die am schnellsten gesammelte Initiative werden könnte. Mit einem Kraftakt, aber auch durch eine aktive Mithilfe aus der Bevölkerung ist die Initiative bald schon reif für die Einreichung.**

An 25 Standaktionen in vier Wochen haben die Sektionen der SP Kanton Luzern ein Zeichen der Stärke ausgesandt. Über 100 Personen haben sich an Unterschriftensammlung aktiv beteiligt.

In nur gerade einem Monat hat die SP über 4000 Unterschriften für die Initiative «Sichere Prämienverbilligung – Kein weiterer Abbau» gesammelt. Das dürfte Rekord sein für eine Initiative. Um noch Reserve zu haben, werden bis Mitte Dezember weitere Standaktionen stattfinden.

Anbei schicken wir Ihnen noch ein Foto von einer Sammelaktion von gestern mit Parteipräsident David Roth, Kantonsrat Jörg Meyer, Fraktionschefin Ylfete Fanaj und Parteivizepräsidentin Priska Lorenz.

Für weitere Informationen steht Ihnen zur Verfügung:
David Roth, Präsident SP Kanton Luzern, 078 712 94 13

Sichere Prämienverbilligung - Abbau verhindern

Kein weiterer Abbau

In den letzten fünf Jahren hat der Kanton Luzern seinen Anteil an der Prämienverbilligung mehr als halbiert. Mit dieser Politik muss Schluss sein. Die 24.5 Millionen Franken, die der Kanton im Jahr 2016 für Prämienverbilligung ausgab, dürfen nicht mehr unterschritten werden.

Sichere Prämienverbilligung

Insbesondere Familien und junge Menschen in Ausbildung müssen planen können. Deshalb soll die Prämienverbilligung auf Gesetzesebene geregelt werden und nicht wie bisher auf Verordnungsstufe. Damit kann der Regierungsrat die Prämienverbilligung nicht mehr nach Lust und Laune anpassen. Eine Änderung könnte per Referendum bekämpft werden.

Bundsgelder richtig einsetzen

Über Jahre hat der Kanton Luzern dank zusätzlichen Bundsgeldern den eigenen Anteil an der Prämienverbilligung reduziert. So darf es nicht weitergehen. Eine Erhöhung der Beiträge des Bundes soll nicht zu tieferen Kantonsbeiträgen führen.